

Reformen müssen frisches Denken bringen

Von Stefan Butz

Kommunalen Strukturen sollte man keine Träne nachweinen. Sie sagen nichts über die Qualität der Verwaltung aus. Trotz der Reform der 70er-Jahre bestehen auch heute noch Gebietskörperschaften, die in Grundzügen aus dem 19. Jahrhundert stammen - aus einer Zeit mit schlechten Straßen und Pferdekutschen. Heute könnten weniger Mitarbeiter mehr Bürgern dienen - Autos, Bahnen, Bussen und Internet sei Dank.

Doch neue Strukturen nützen gar nichts ohne neues Denken. Ein denkbar schlechtes Beispiel geben seit Jahrzehnten viele Bad Kreuzbacher Stadtspitzen ab, bei denen viele Bürger in den eingemeindeten Stadtteilen (nicht nur) das Gefühl haben, im Stadthaus gelte allein der Gedanke "Bei uns zählt nur die Kernstadt." Ein Beleg hierfür: Das vertraglich zugesicherte Schwimmbad für Bosenheim und die Versuche der Stadtspitze, sich nach dem Motto "Verträge sind dazu da, dass man sie bricht" darüber hinwegzusetzen und dem Schwimmbadplan den Todesstoß zu verpassen. Kein Wunder, dass in Kirn-Land die Einwohner der oft winzigen Dörfer fürchten, mit einem im Vergleich riesigen Kirn in der VG nicht mehr gehört zu werden.

Andererseits ist beim Thema Fusion auch viel Eitelkeit im Spiel. Da müssen vorgeblich "rote" oder "schwarze" Bastionen verteidigt werden, da will man nicht sehen, dass das, was früher stolze Residenzstadt war, heute der Einwohnerzahl nach bestenfalls noch ein großes Dorf ist.

Kommunalpolitische Strukturen sind beständiger Änderung unterworfen. Die Grundzüge der preußischen Amts- und Kreisordnung wurden schon mit der Reform in den 60er-Jahren aufgeweicht. Einen wirklichen Grund, sie beizubehalten, gibt es nicht. Noch nicht mal einen gefühlten. Denn wer fühlt sich schon als VG-Langenlonsheimer oder VG-Bad-Münster-am-Stein-Ebernburger? Identität stiften die Orts-, nicht die VG-Zugehörigkeit, sowie die landsmannschaftliche Verbundenheit: Rheinhesse, Soonwälder, Pfälzer...

Politiker, die auf Eigenständigkeit pochen, weil ihre VG schon immer irgendein Partei-Land war oder weil sie ihr Amt als gottgegeben und daher unbedingt erhaltenswert ansehen, beweisen nur eins: Dass es ihnen um Machterhalt, nicht aber um den Dienst am Bürger geht.